

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 28. März 2012

2515. 2011/293

Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 13.07.2011: Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Mirella Wepf (SP)** begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1587/2011): Fukushima hat uns allen gezeigt, dass der Atomausstieg erfolgen muss, und zwar möglichst rasch. Die Mehrheit des Gemeinderats will klar den raschen Atomausstieg. Die Stadt Zürich und das ewz müssen ihren Teil dazu beitragen. Wir sind uns alle einig, dass die Stadt Zürich ein starkes ewz braucht. Dazu ist eine Organisationsstruktur nötig, die dem ewz effizientes und konkurrenzfähiges Arbeiten ermöglicht. Der Gemeinderat muss aber auch die Möglichkeit haben, klare ökologische Vorgaben zu machen. Und die Struktur muss Controlling ermöglichen. Man darf zuversichtlich sein und hoffen, dass Gemeinderat und Stadtrat zusammenfinden und Lösungen entwickeln werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

***STR Andres Türler:** Vor ungefähr vier Jahren ist der Gemeinderat grossmehrheitlich über die Zukunft des Ausstiegs aus der Kernenergie übereingekommen. Die Kernenergie-wende hat mit der Volksabstimmung 2008 stattgefunden und nicht erst jetzt, wo wegen des Vorfalls in Japan die ganze Schweiz und ganz Europa darüber spricht. Ein Ausstieg hat aber auf nationaler Ebene zu erfolgen. Die Stadt Zürich steht in der Mitverantwortung und kann sich nicht einfach von den Kernenergieanlagen verabschieden. 2008 haben wir versprochen, den Strom aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Mit Ausnahme des Worts «verbindlich» rennt die Motion eigentlich eine offene Tür ein. Es gehört zum Unternehmensauftrag, die Stromzukunft, die sich laufend weiterentwickeln muss, sicherzustellen. Das Wort «verbindlich» muss gestrichen werden, ansonsten ist der Auftrag als Postulat zu überweisen. Die geforderte Arbeit wird sowieso gemacht.*

Weitere Wortmeldungen:

Ruggero Tomezzoli (SVP): *Wir sollten keine Entscheide für die nächste Generation fällen. Und wenn doch, müsste ein solcher Entscheid gesamtschweizerisch beschlossen werden. Die Motionäre müssten also eine Volksinitiative lancieren, was sie aber nicht tun, weil sie um die schlechten Chancen einer solchen Initiative wissen. Indem sie das Anliegen hintenherum durchzubringen versuchen, legen die Motionäre unstatthafes Verhalten an den Tag. Die SVP lehnt die Motion ab.*

Martin Luchsinger (GLP): *Nachdem der Atomausstieg bis 2034 in der Geschäftsordnung verankert wurde, ist diese Motion nun der zweite Schritt und könnte eigentlich von allen Mitgliedern des Gemeinderats unterstützt werden. Eine klare Strategie ist wichtig, damit sowohl in der Bevölkerung als auch im Gemeinderat aufgezeigt werden kann, wie die verschiedenen Programme und Projekte des ewz zusammenhängen und warum die verschiedenen Schritte gemacht werden. Die Motion bringt klar zum Ausdruck, dass die Strategie die technischen und energiepolitischen Entwicklungen zu berücksichtigen hat – deshalb soll ihr Status ja auch alle drei Jahre überprüft werden. Durch das Wort «verbindlich» wird die Strategie nicht starr; verbindlich bedeutet nicht unveränderlich. Strategien sind von Natur aus meist verbindlich. Wir haben Vertrauen in das ewz und den Departementsvorsteher und sind zuversichtlich, dass die Arbeit gelingt.*

Dr. Richard Wolff (AL): *Fukushima war kein Vorfall, sondern eine Katastrophe, und es ist verantwortungslos, vor den Gefahren der Atomenergie einfach den Kopf in den Sand zu stecken und erst im Jahr 2034 auszusteigen. Der Entscheid, Atomkraftwerke zu bauen, war ein Entscheid für zukünftige Generationen, den wir nun ausbaden müssen. Es darf nicht sein, dass sich das Ganze nochmal um 20 Jahre verlängert, nur weil wir nicht den Mut haben, den Tatsachen in die Augen zu schauen.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Letzte Woche hat die Ratsmehrheit den Ausstieg per 2034 beschlossen. Deshalb ist es richtig, dass uns der Stadtrat eine Strategie vorlegt. Das Wort «verbindlich» steht einer laufenden Anpassung der Strategie nicht im Weg. Die EVP stimmt der Motion zu.*

Mario Mariani (CVP): *Wir sind der Meinung, dass das Anliegen in Form eines Postulats überwiesen werden sollte. Wir stören uns an der fixen Zahl 2034. Der Ausstieg ist sehr wahrscheinlich schon zu einem früheren Zeitpunkt möglich – warum sollten wir also bis 2034 warten? Die Atomkraft ist, mit allen ihren Folgekosten, nicht wirtschaftlich und hätte eigentlich gar nie produziert werden dürfen. Wird nicht das Postulat überwiesen, werden wir die Motion leider ablehnen müssen.*

Alexander Jäger (FDP): *Es ist nicht sinnvoll, die Strategie auf das Jahr 2034 festzulegen. In diesem Bereich sollten die Vorgaben des Bundes abgewartet werden. Die Vernehmlassung beginnt im Herbst, eine Abstimmung kann voraussichtlich 2014 stattfinden. Wird auf Bundesebene ein anderes Datum für den Ausstieg festgesetzt, muss sich das ewz danach richten. Der Entscheid, in Deutschland alle kritischen Reaktoren sofort abzuschalten, war gemäss Dr. Richard Wolff (AL) richtig. Jetzt muss der Strom halt von*

polnischen Kohlekraftwerken bezogen werden. Mühleberg zeigt, dass es auch in der Schweiz schnell gehen und ein AKW abgeschaltet werden kann. Die GLP möchte ich noch fragen, ob nun eigentlich das im schweizweiten Positionspapier genannte Jahr 2035 gilt oder doch eher das Jahr 2034? Der Stadtrat zeigt uns eigentlich die ganze Zeit, dass das ewz in Sachen erneuerbare Energien wirklich am Ball ist. Dieser Weg muss einfach fortgesetzt werden, ein totales Umkrempeln ist nicht nötig.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man sollte sich nicht einseitig nur auf Fukushima beziehen, wo die Betreiberfirma Tepco mit ihren Überprüfungsprotokollen Betrug begangen hat. Es sollen ja nicht alle Kernkraftbetreiber als Betrüger hingestellt werden. Der Bezug auf die Volksabstimmung von 2008 mag angebracht sein. Mit Bezug auf eine andere Volksabstimmung, nämlich diejenige über die 2000-Watt-Gesellschaft, stellt sich aber die Frage, was mit dem Ziel von 2000-Watt passiert, wenn nach dem Atomausstieg der Strom zum grossen Teil aus Kohlekraftwerken bezogen wird. Es ist schwierig, heute eine Strategie zu entwickeln, die sich in fünf Jahren wahrscheinlich sowieso wieder als falsch erweisen wird.

Bernhard Piller (Grüne): Der Beschluss von 2008 war noch kein Atomausstieg, weil kein Ausstiegsdatum beschlossen wurde. Zürich würde noch bis mindestens 2044 Atomstrom beziehen – so lange nämlich wie Gösgen und Leibstadt noch am Netz sein werden. Wir wollen aber vorher aussteigen. Mit den Einschätzungen von Dr. Richard Wolff (AL) bin ich völlig einverstanden. Mehrheitsfähig kann man aber nur werden, wenn man Kompromisse eingeht. Der Stromzukunftsbereich hat seine Berechtigung, und es ist wichtig, dass er kontinuierlich überarbeitet wird. Die Szenarienarbeit ist sehr zentral und bildet die Grundlage für eine spätere Konkretisierung. Dies reicht aber nicht aus: Die Stadt Zürich muss sich innert einer bestimmten Frist aus der Abhängigkeit vom Atomstrom lösen. Hierzu braucht es eine Roadmap mit klar definierten Zwischenzielen sowohl auf Seiten der Produktion als auch auf Seiten des Konsums. Es bringt Investitionssicherheit, wenn man weiss, was wann in den kommenden 22 Jahren geschehen muss. Verbindlichkeit ist deshalb sehr wohl nötig – deshalb verlangt der Gemeinderat auch alle drei Jahre einen Bericht. Während wir Vertrauen ins ewz haben, ist unser Vertrauen in den Stadtrat manchmal ein bisschen angekratzt.

Roger Liebi (SVP): Die Leute werden tatsächlich an der Nase herumgeführt, wenn der Atomausstieg erst auf 2034 angesetzt wird: Wer die Kernenergie als gefährlich darstellt, kann sie doch nicht noch 20 Jahre weiterlaufen lassen. Die Investitionen in die Energiegewinnung können nicht in der Stadt Zürich stattfinden. Die Energie muss wahrscheinlich aus Kraftwerken bezogen werden, die ausserhalb der Stadt liegen. Durch die konsequente Forderung des Ausstiegs werden die Preise im Vorhinein in die Höhe getrieben, weil die Anbieter wissen, dass die Stadt Zürich keine andere Wahl hat, als bei ihnen zu investieren. Die Strategie wird die Gewinne des ewz, von denen jahrelang profitiert wurde, verringern. Grüne, SP und GLP sprechen sich klar für eine Einschränkung der Lebensqualität in der Stadt Zürich aus und betreiben eine unsaubere Politik. Ich plädiere für eine realistische Politik.

Michael Baumer (FDP): *Bernhard Piller (Grüne) hat eine abstruse Entscheidungskaskade aufgebaut und dabei offenbar gar nicht gemerkt, dass er selber gesagt hat, dass das, was wir heute fordern, der Zustimmung durch das Volk entbehrt. Das Volk hat keinen Zeitraum definiert, weil in der Gemeindeordnung eine Strategie verankert ist, die besagt, dass keine neuen Beteiligungen gekauft werden, und dass man die alten auslaufen lässt. Wenn jetzt ein Datum festgelegt wird, wird der Volkswille missachtet. Investitionssicherheit kann übrigens nur der Bund schaffen. Wenn das ewz seine Beteiligungen verkauft, während die AKWs weiterlaufen, nützt dies dem Atomausstieg nichts. Unser Vertrauen in die Grünen ist erschüttert, da sie offensichtlich nicht mehr für pragmatische Lösungen zu haben sind.*

Martin Luchsinger (GLP): *Eine Änderung der Gemeindeordnung zieht meines Wissens eine Volksabstimmung nach sich. Der Entscheid ist letzte Woche gefällt worden, jetzt geht es nur noch um die Strategie. Zu den Vorwürfen von Roger Liebi (SVP): Eine verschaukelte Politik wäre es, zu behaupten, der Atomausstieg könne sofort erfolgen. Ein nachhaltiger, wirtschaftlich verkraftbarer Atomausstieg braucht Zeit. Sowohl beim Ausbau der erneuerbaren Energien durch das ewz als auch bei den Energieeffizienzmassnahmen muss vorwärts gemacht werden. Was die 2000-Watt-Gesellschaft betrifft, so wollen wir mit der Strategie ja gerade bewirken, dass die Bevölkerung versteht, was der Atomausstieg beinhaltet und wohin er führt. Die Haltung der CVP ist für mich nicht nachvollziehbar. Eine verbindliche, anpassbare Strategie ist wichtig.*

STR Andres Türler: *Vor drei Jahren wussten wir ganz genau, vor welchem Hintergrund wir abstimmen. Damals wurde an den bestehenden Kernbeteiligungen festgehalten mit der Absicht, sie auslaufen zu lassen. Dies war mit ein Grund für die hohe Anerkennung. Jetzt, dreieinhalb Jahre später, wechseln die Grünen ihre Meinung und verkaufen dadurch das Stimmvolk für blöd. Am Thema Stromzukunft arbeiten mehr als 40 Personen. Die finanziellen Auswirkungen können nicht auf die Schnelle hinterlegt werden. Eine Katastrophe, wie sie in Fukushima passiert ist, darf nie wieder passieren, da sind wir uns einig. Ich setze mich nicht für die Kernenergie ein, sondern gegen einen Alleingang der Stadt Zürich. Trotzdem muss die Planung gemacht werden. Überweisen Sie deshalb bitte das Postulat.*

Simon Kälin (Grüne): *Niemand weiss, wie lange die Kernkraftwerke noch laufen werden. Sollte die Sicherheitsbehörde zum Schluss kommen, dass ein Kernkraftwerk nicht mehr sicher betrieben werden kann, können sämtliche Fristen, wie z. B. diejenige bis 2034, sowieso vergessen werden. Dies müssen wir in unserer Strategie berücksichtigen. Die Motion ist taktisch richtig, kann aber jederzeit von der Realität eingeholt werden.*

Bernhard Piller (Grüne) *ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Es ist eine neue Epoche angebrochen, energiepolitisch gesprochen. Und wenn eine neue Epoche anbricht, müssen neue Entscheide gefällt werden.*

5 / 5

Die Dringliche Motion wird mit 74 gegen 47 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat